

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbsstelle des Postamtlichen entgegen. — Geschäftsvermittlung. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Woche.

Anzeigenpreis: Die beiden ersten Zeilen für den ersten Tag und die folgenden für den zweiten Tag. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Woche.

Telegramme: Erzgebirge-Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Route Nr. Leipzig Nr. 1000

Nr. 63

Dienstag, den 16. März 1926

21. Jahrgang

Das Rätselraten um Genf.

Strefemann über den deutschen Standpunkt.

Genf, 14. März. Im „Journal de Geneve“ veröffentlichte gestern der Reichsaussenminister Dr. Strefemann eine Darstellung über den deutschen Standpunkt, in dem er darauf hinweist, daß die Welt jetzt von einem Streit der Meinungen erfüllt sei, der nicht ausgleichbar erscheine und in dem es sich um eine

Krise im Völkerbunde,

nicht aber um eine Krise des Völkerbundes mit Deutschland handle. Dr. Strefemann erklärt, tatsächlich ginge es bei diesem Streit darum, daß unter Anwendung strengsten Druckes auf Deutschland eingewirkt worden sei, seine moralische Zustimmung zu einem gleichzeitigen Eintritt anderer Mächte in den Rat zu geben.

Dabei sei Deutschland in einen Kampf der Meinungen innerhalb des Völkerbundes hineingebannt worden, um sich für eine Gruppe entscheiden zu müssen, ohne jedoch selbst Mitglied des Völkerbundes zu sein. Wenn Deutschland gar nicht existierte, würden die Bestrebungen einzelner Ratsmächte, anderen Mächten ständige oder nichtständige Sitze zu verschaffen, auf genau dieselben Schwierigkeiten stoßen, die heute bestehen. Die Erklärung hierfür sieht Dr. Strefemann in der Tatsache, daß die

Atmosphäre des Mißtrauens

noch nicht verschwunden sei. Man argwöhne, daß Deutschland im Rat sich auf den Standpunkt stellen kann, nunmehr die Entwicklung als abgeschlossen zu betrachten, um von seinem Beisein gegen jede Erweiterung Gebrauch zu machen. Formell wäre Deutschland dazu in der Lage.

Daß es tatsächlich eine solche Entwicklung nicht wolle, habe Deutschland zu wiederholten Malen mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Es wäre die Pflicht des Reichsaussenministers, in seiner Rede bei der Aufnahme Deutschlands seine Geneigtheit zur lokalen und objektiven Mitarbeit in dieser Frage ausdrücklich zu betonen. Deutschland sei bereit, sich nach seiner Aufnahme in den Völkerbund dafür einzusetzen, daß diese Frage in der ordentlichen Sitzung im Herbst gelöst werde. Er habe namens der deutschen Delegation die Anregung gegeben, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Erweiterung des Völkerbundes beschäftigen soll. Dieser Kommission könnten Richtlinien mit auf den Weg gegeben werden, die die Erreichung eines positiven Ergebnisses sichern. Im September wäre dann der gegebene Zeitpunkt, die Bahn für die berechtigten Ansprüche nach der einen oder anderen Seite frei zu machen. Die Entscheidung werde dann in den Händen der Mehrheit der Völkerbundesversammlung liegen. Diese Entscheidung werde Deutschland hinnehmen gleichgültig, ob es sich dabei in der Mehrheit oder Minderheit befindet. Der deutsche Standpunkt sei eingeleitet von dem Gedanken lokaler und vertrauensvoller Zusammenarbeit und Mitarbeit mit den Mächten im Geiste des Völkerbundes.

Spanien und Brasilien verzichten auf den Ratsitz

London, 14. März. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt: Spanien und Brasilien haben ihre Forderung auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zurückgezogen und beschlossen, bedingungslos für die Gewährung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland zu stimmen. Diese wichtige Entscheidung wird, wie man in diplomatischen Kreisen erwartet, aber den letzten Punkt der Genfer Verhandlungen hinweghelfen und den Weg für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland allein ebnen. Die gestern von Genf verbreitete Meldung, die besagt, daß Schweden angeboten habe, auf seinen nichtständigen Ratsitz zugunsten Polens zu verzichten, wird von maßgebender Seite als unzutreffend erklärt.

Ein Kompromißvorschlag Vanderveide in der Ratsfrage.

London, 14. März. Neuter meldet aus Genf: Aufmerksame Beobachter weisen darauf hin, daß der gegenwärtige Konflikt im Gegensatz zu der Erklärung Strefemanns vor den hier versammelten Vertretern der Presse mehr als eine bloße Geschäftsordnungsfrage ist. Es ist in Wirklichkeit ein Kampf zwischen dem Geiste des Völkerbundes und individuellen nationalen Interessen. Nichtbestimmtes liegt im gegenwärtigen Augenblick eine etwas optimistische Auffassung der Lage vor und es scheint sich Aussicht auf eine Lösung zu bieten, die das Streben aller Parteien wahrt. Dies verlaute,

bericht der Völkerbundesrat kurzelt über einen Vorschlag Vanderveides, nach dem Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalten und sich unmittelbar danach zugunsten der Schaffung eines weiteren nichtständigen Sitzes aussprechen würde, wobei es der Sitzung der Völkerbundesversammlung im September abgesehen bleiben würde, das Land zu wählen, dem dieser nichtständige Sitz eingeräumt werden soll. Die Frage der Neuschaffung weiterer ständiger Sitze im Rat scheint im Augenblick völlig fallen gelassen zu sein.

Die Sonntagsbesprechungen in Genf.

Genf, 14. März. Wie der Sonderberichterstatter des B.T.D. erklärt, haben die heutigen Besprechungen eine materielle Fortentwicklung der Lage gegenüber gestern Abend nicht gebracht. In den Unterredungen zwischen den deutschen und den schwedischen Delegierten vormittags und abends beim Essen wurde der beiderseitige Standpunkt klargestellt und erläutert. In den Besprechungen des Ministers Dr. Strefemann mit dem Ministerpräsidenten Briand wurden die verschiedenen Lösungsvorschläge, insbesondere auch der deutsche Vorschlag durchgesprochen, die Frage der Ratsvergrößerung einer Kommission zu unterbreiten. Der auf 5 Uhr nachmittags angesetzte Tee der Ratsmächte wurde in letzter Stunde abgesetzt. Es ist anzunehmen, daß er morgen stattfindet. Im übrigen bleibt es bei der für Dienstag in Aussicht genommenen Vollversammlung, in der gemäß heutiger erneuter Mitteilung Chamberlains für den Fall, daß auch weiterhin die Einzelbesprechungen ergebnislos verlaufen würden, die Entscheidung des Völkerbundes als solchen in der Streitfrage angerufen werden soll. Was die immer wiederholten Meldungen über angebliche Bergschichtungen einzelner Ratsmächte auf ihre Sitze anbelangt, so scheint es sich hier nur um Versuchsbalkons zu handeln oder um Mutmaßungen und Anregungen von verschiedenen Seiten, zum Teil entstanden aus dem Bedürfnis, die letzten Wege nach einer Lösung zu ergreifen, zum Teil, um nach der einen oder anderen Richtung hin eine Stellungnahme der Beteiligten hervorzuheben. Es wird abzuwarten sein, ob sich in der Tat ein Land findet, das zu solchem Opfer bereit wäre.

Gegenseitige Besuche.

Genf, 14. März. Wie der Sonderberichterstatter des B.T.D. meldet, folgten den gegenseitigen Besuchen, mit denen der heutige Sonntag begann, im Laufe des Nachmittags weitere Einzelzusammenkünfte. So suchte in Erwiderung des Besuchs, den Dr. Strefemann gestern Abend Briand gemacht hatte, dieser heute Abend gegen 8 Uhr den deutschen Außenminister im Hotel Metropole auf. Später begaben sich die beiden deutschen Delegierten zu der schwedischen Delegation zu Tisch.

Briand über Genf.

London, 14. März. Dem Genfer Sonderberichterstatter des „Observer“ erklärte Briand, die Lage sei vollkommen verständlich. Es sei das dümmste Durcheinander, das sogar er je in der internationalen Politik erlebt habe. Er verzweifelte jedoch nicht daran, eine Lösung zu finden und spreche nicht von der Zwecklosigkeit weiterer Besprechungen mit den deutschen Delegierten. Trotz Chamberlains Bemerkung sei der Faden der Erörterungen noch nicht abgerissen. Biscomi Jhiti habe sich freiwillig erboten, die heisse Aufgabe zu übernehmen, den Kontakt wieder herzustellen. Es werde augenblicklich eine Anzahl von Lösungen erwogen und man setze Hoffnung auf ein Kompromiß, das an das in Locarno abgeschlossene erinnere. Die Schlussschreiben in Locarno mit ihrer Eröffnung des Gentleman-Abkommens hätten die Illusionen in Stand gesetzt, Deutschland in Austausch für seine Unterschrift zu den Locarno-Verträgen Zugeständnisse zu versprechen, ohne daß sie den Eindruck einer verlangten und gewährten Begünstigung erweckt. Er hoffe, daß in derselben Weise eine Methode gefunden werde, durch die Deutschland allein in den Völkerbundrat aufgenommen werde im Austausch gegen eine Vereinbarung, auf der Ratsitzung im nächsten Juni andere Kandidaturen auf jede Weise zu unterstützen.

Sieben Millionen für das Volksbegehren.

Nach authentischen Mitteilungen, die dem „Montagmorgen“ gemacht werden, haben die Unterzeichnungen im ganzen Reich die erforderlichen 4 Millionen bereits weit überschritten: etwa 7 Millionen Wähler sollen für das Volksbegehren bereits gestimmt haben.

Luther über die Genfer Tagung.

Genf, 18. März. Reichsaussenminister Dr. Luther gewährte heute Abend dem Vertreter der Schweizerischen Depesch-Agentur folgende Unterredung:

Frage: Halten Sie, Herr Reichsaussenminister, Deutschland für stark genug, um das Ziel seiner Politik in Genf zu erreichen?

Antwort: Es handelt sich bei der ganzen Frage überhaupt nicht um Deutschlands Schwäche oder Kraft. Vielmehr handelt es sich um die Frage des Völkerbundes. Deutschland ist bis zur Stunde in den Völkerbund noch nicht aufgenommen und ist besonders nach nicht Mitglied des Rates. Es ist deshalb überhaupt noch nicht berufen, durch Zustimmung zur Schaffung neuer Ratsitze Völkerbundpolitik zu treiben. Selbstverständlich ist Deutschland bereit, sobald es Mitglied des Rates ist, zu all den ersten Organisations- und weiteren Fragen des Rates mit der ganzen Verantwortung eines Ratsmitgliedes im Dienst gesunder Völkerbundpolitik Stellung zu nehmen.

Frage: Wenn ich Sie recht verstehe, wollen Sie also sagen, daß Deutschland seine juristische und politische Zuständigkeit überschreiten würde, wenn es jetzt zur Frage der Erweiterung des Rates eine bestimmte Stellung einnehmen würde. Widerspricht dieser Auffassung aber nicht, daß gerade von Mitgliedern des Rates sehr stark auf Deutschland im Sinne einer sofortigen Stellungnahme gedrängt wird?

Antwort: Wenn Sie die Frage so stellen, möchte ich mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß durchaus nicht etwa einseitig von den Mitgliedern des Rates gedrängt wird, daß vielmehr die Mitglieder des Rates in sich selbst zerpalten sind. Deutschland würde also durch Stellungnahme seinerseits in einem Streit, der eine innere Angelegenheit des Rates ist, zugunsten der einen oder anderen Seite Partei ergreifen. Das kann unmöglich erwartet werden, solange Deutschland nicht Ratsmitglied ist. Das ganze Problem hat ja längst bestanden, ehe Deutschlands Anmeldung zum Völkerbund vorlag. Der Umstand, daß es nicht früher gelöst worden ist, ist ein Beweis dafür, daß es als Völkerbundesproblem mit dem Eintritt Deutschlands überhaupt nichts zu tun hat.

Frage: Wäre es dann aber nicht möglich, jetzt auf den alten Zustand zurückzukommen und das Problem ohne jede Beteiligung Deutschlands vor Deutschlands Eintritt zu lösen?

Antwort: Ob diese Möglichkeit rein technisch besteht, muß, nachdem das Problem bisher nicht gelöst worden ist, als sehr zweifelhaft angesehen werden. Für Deutschland aber kommt in Betracht, daß während der ganzen Verhandlungen mit den anderen Völkermächten über den Eintritt Deutschlands niemals auch nur ein einziges Wort darüber gesprochen worden ist, daß die Zusammensetzung des Rates vor Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verändert werden könnte. Die ganze Zustimmung nicht nur der parlamentarischen Körperschaften, sondern auch der deutschen Volkmeinung selbst zum Eintritt in den Völkerbund ist also aufgebaut auf dem Zustand des Rates, wie er jetzt besteht. Das gilt auch für die weitere Entwicklung der deutschen Gesamtstimmung, die für den Völkerbundesgedanken sehr günstig ist und von mir auf das wärmste begrüßt wird. All das ist geworden und wächst weiter auf der Grundlage, daß wir bei unserem Eintritt in den Rat den Völkerbund so finden würden, wie er vorhanden war und daß alle künftigen Umgestaltungen, denen wir uns selbstverständlich in keiner Weise widersetzen, nur unter unserer Beteiligung als Ratsmitglied sich vollziehen würden. Die erste Andeutung, daß etwas anderes möglich sei, ist uns erst zugegangen, nachdem wir unseren Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt hatten. Vorher war aber nur die Rede davon, daß eine außerordentliche Sitzung der Völkerbundesversammlung zur Aufnahme Deutschlands stattfinden würde, ohne daß jemals ein anderer Verhandlungsgegenstand genannt worden ist.

Frage: Sie sagten, Herr Reichsaussenminister, daß die anderen Völkermächte Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verlangt hätten. Wie ist das zu verstehen?

Antwort: Deutschland war an sich nach den Vorkäufen, die sich in der Völkerbundesversammlung vom März 1924 abgepielt haben, grundsätzlich und gern bereit, dem Völkerbunde beizutreten. Der deutsche Briefwechsel mit dem Völkerbund und den Völkerbundesmächten, der darüber geführt worden ist, ist ja allgemein bekannt. Auf diesem Briefwechsel demüht die deutsche Voraussetzung der allfälligen Gewährung eines Ratsitzes an Deutschland. Dagegen ist die Verbindung der Frage des Sicherheitspaktes mit dem Eintritt in den Völkerbund von den anderen Teilnehmern des Sicherheitspaktes gefordert worden. Deutschland hat also neben seiner auf eigener Anschauung beruhenden